

An Frau Bundesministerin
Elisabeth Köstinger
Bundesministerium für Landwirtschaft,
Regionen und Tourismus
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, 30. April 2021

Österreichische Rohstoffstrategie 2030

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

als Dachverband von 34 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit, humanitären Hilfe und entwicklungspolitischen Bildung setzen wir uns für die Erreichung der **Agenda 2030 und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung** (*Sustainable Development Goals, SDGs*) ein. Unsere Mitgliedsorganisationen kennen in vielen Regionen der Erde die konkrete Lage vor Ort aus erster Hand und führen jährlich 1.000 Projekte in 120 Ländern der Welt durch, um die Armut weltweit zu beenden und ein menschenwürdiges, gutes Leben für alle Menschen weltweit zu ermöglichen. Sie arbeiten in Ländern, für die Einnahmen aus dem Export mineralischer Rohstoffe von großer Bedeutung sind. Da der Rohstoffsektor große Auswirkungen auf die Erreichung fast aller SDGs hat, verfolgen wir mit Interesse die [Erarbeitung der Österreichischen Rohstoffstrategie 2030](#).

In diesem Zusammenhang möchten wir folgende Anmerkungen zum „[Exzerpt zum Basispapier für eine Österreichische Rohstoffstrategie 2030](#)“ machen, das auf eine „verantwortungsvolle und sichere Versorgung Österreichs mit primären und sekundären Rohstoffen“ abzielt. Für eine *verantwortungsvolle* Versorgung sind folgende Punkte unserer Ansicht nach zentral, denn es geht letztlich um die Rechte und Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des Globalen Südens, von denen Österreich etwaige Rohstoffe bezieht. Niemand in Österreich möchte ein Smartphone nutzen, in dem Mineralien enthalten sind, für deren Gewinnung Menschenrechte verletzt wurden.

Gemäß **österreichischem Entwicklungszusammenarbeitsgesetz**¹ ist die Regierung verpflichtet, entwicklungspolitische Ziele in allen Politikbereichen zu berücksichtigen, die sogenannte Entwicklungsländer betreffen. Demnach sollte auch die österreichische Rohstoffpolitik die Erreichung der Agenda 2030 und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in Ländern des Globalen Südens nach Möglichkeit unterstützen.

¹ Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive Gesetzesnovelle 2003, § 1(5)



Allerdings geht das Basispapier nicht auf mögliche Auswirkungen der österreichischen Rohstoffpolitik auf Länder des Globalen Südens ein, in denen sich zahlreiche Rohstoffquellen befinden. Eine begrüßenswerte Ausnahme stellt ein Verweis auf den Einkauf von Rohstoffen aus Konfliktregionen und die Einhaltung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette dar².

Die AG Globale Verantwortung untersuchte in einer Broschüre³, welche **Auswirkungen die österreichische Rohstoffpolitik im Bereich der mineralischen Rohstoffe auf Länder des Globalen Südens haben kann**, und formulierte darin auch konkrete Empfehlungen an die Regierung, damit die österreichische Rohstoffpolitik entwicklungspolitische Zielsetzungen nicht behindert, sondern unterstützt.

- Dabei stellten wir fest, dass **Handelsabkommen der EU und bilaterale Investitionsabkommen Österreichs**, die die Versorgung mit Rohstoffen maßgeblich unterstützen, Auswirkungen auf rohstoffproduzierende Länder haben. Demnach können bilaterale Investitionsabkommen Österreichs den **wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum dieser Länder einschränken**, indem sie veränderte Gesetzgebungen zum Beispiel in der Steuer- und Umweltpolitik, die für die nachhaltige Entwicklung eines Landes wichtig sein können, aufgrund befürchteter Klagen von InvestorInnen erschweren. Die Regierungen der Länder des Globalen Südens benötigen politischen Gestaltungsspielraum jedoch, um höhere Wertschöpfung vor Ort sowie höhere Staatseinnahmen zu lukrieren und Umwelt- und Sozialstandards umzusetzen. Nur so können sie den Rohstoffsektor für ihre nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung nutzen. Die österreichische Bundesregierung sollte **bestehende bilaterale Investitionsabkommen und den Mustertext für diese Abkommen so überarbeiten**, dass diese die politischen Spielräume von Staaten nicht einschränken. Dieses Vorhaben sollte das BMNT in die Österreichische Rohstoffstrategie 2030 aufnehmen.
- Des Weiteren **haben Abbau und Verarbeitung mineralischer Rohstoffe massive soziale und ökologische Auswirkungen** in Ländern des Globalen Südens, in die in vielen Fällen private Unternehmen involviert sind. Um solche negativen Auswirkungen zu verhindern, ist eine **verbesserte Regulierung von Unternehmen – insbesondere transnationaler Konzerne – dringend nötig**. Das BMNT sollte in der Österreichischen Rohstoffstrategie 2030 darstellen, wie Österreich diese verbesserte Regulierung unterstützen kann, und sollte dabei folgende Schritte aufnehmen: Die österreichische Bundesregierung sollte die UN-Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte sowie die EU-Verhandlungen über eine

² Wir weisen darauf hin, dass nur eine umfassende und ambitionierte Umsetzung der EU-Konfliktmineralienverordnung durch das Mineralrohstoffgesetz effektiv dazu beitragen kann, Menschenrechtsverletzungen sowie die Finanzierung bewaffneter Gruppen durch Gewinne aus dem Rohstoffabbau und -handel zu verhindern. Siehe: [Stellungnahme der AG Globale Verantwortung zur Novellierung des Mineralrohstoffgesetzes](#) am 20.10.2020.

³ AG Globale Verantwortung (2019): „[Rohstoff- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Der Wettbewerb um mineralische Rohstoffe](#)“



Vorschrift über verpflichtende Sorgfaltspflichten für Unternehmen aktiv unterstützen und ein nationales Lieferkettengesetz verabschieden, damit Verstöße gegen Umwelt- und Menschenrechtsstandards in Zukunft bestmöglich verhindert und betroffene Personen Zugang zu Rechtsmitteln und Entschädigungen erhalten.

- Eine weitere Herausforderung ist die **Intransparenz im globalen Handel mit mineralischen Rohstoffen**. Sie macht es schwierig nachzuvollziehen, woher Unternehmen und Staaten Rohstoffe beziehen, um sie für negative Auswirkungen wie die Verletzung von Arbeitsrechten oder die Verschmutzung von Wasser beim Abbau von Rohstoffen zur Verantwortung zu ziehen. Die österreichische Bundesregierung sollte sich daher für mehr Transparenz im Rohstoffsektor einsetzen. Dafür sollte das BMNT konkrete Schritte in der Österreichischen Rohstoffstrategie 2030 benennen.

In diesem Sinn sollte die *Rohstoffstrategie 2030* in Abstimmung mit den zuständigen Ressorts die oben genannten Auswirkungen der österreichische Rohstoffpolitik im Bereich der mineralischen Rohstoffe auf Länder des Globalen Südens prioritär berücksichtigen, thematisieren und **konkrete Maßnahmen definieren, durch die die Regierung sicherstellen kann, dass entwicklungspolitische Ziele** wie die Beendigung von Armut in rohstoffproduzierenden Ländern **gemäß Entwicklungszusammenarbeitsgesetz unterstützt und keinesfalls behindert werden**.

Schließlich **begrüßen** wir, dass die Strategie auf die **Stärkung der Kreislaufwirtschaft** abzielt. Das kann entscheidend zur Begrenzung der Erderhitzung beitragen, was ebenfalls dringend geboten ist, um ein menschenwürdiges, gutes Leben für alle Menschen weltweit zu ermöglichen.

Um zu verbesserten Lebensbedingungen von Millionen von Menschen, die in Ländern des Globalen Südens im Rohstoffsektor arbeiten bzw. davon betroffen sind, beizutragen und um die Umsetzung der Agenda 2030 zu stärken, hoffen wir, dass die von uns hiermit eingebrachten Anregungen in der Strategie Berücksichtigung finden.

Wir sind gerne bereit, uns in die weitere Arbeit an der Österreichische Rohstoffstrategie 2030 einzubringen und freuen uns über eine Konsultation.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag.^a Annelies Vilim
Geschäftsführerin
AG Globale Verantwortung